

Antrag

der Abgeordneten Dr.ⁱⁿ Helga Krismer-Huber, Mag.^a Silvia Moser, Mag. Georg Ecker, Dominic Hörlezeder

betreffend **Schaffung eines interdisziplinären Zentrums für Frauengesundheit in Niederösterreich**

Im gesamten Zyklus der Gesundheitsversorgung von Arzneimitteltestung bis hin zu Diagnose und Behandlung, sind Frauen den Männern gegenüber schlechter gestellt. Dies geht aus dem Bericht über geschlechtsspezifische Ungleichheit beim Thema Gesundheit und speziell in Bezug auf geschlechtsspezifische Erkrankungen und Beschwerden des Europäischen Parlaments hervor.

Der Ursprung der historisch gewachsenen Benachteiligung von Frauen in der medizinischen Versorgung liegt ohne Zweifel in der jahrzehntelangen medizinischen Forschung, die sich an der männlichen Anatomie orientierte und dadurch den gesamten Versorgungszyklus von der Diagnose bis zur Therapie geprägt hat. Frauen sind in klinischen Prüfungen unterrepräsentiert, sodass bei Frauen infolge der unausgewogenen Berücksichtigung in der Entwicklungsphase von Arzneimitteln um 50 % bis 75 % häufiger Nebenwirkungen auftreten als bei Männern.

Frauen suchen häufiger medizinische Hilfe auf, erhalten aber später oder falsche Diagnosen, unpassende Behandlungen, oder ihre Beschwerden werden als psychosomatisch abgetan. Wenn Frauen nicht ernst genommen und dadurch Risiken übersehen werden, ist das nicht nur ein medizinisches, sondern auch ein gesellschaftliches Problem.

Weil sich Symptome häufiger Krankheiten bei Frauen von den „Lehrbuch“-Bildern unterscheiden, kommt es zu Fehldiagnosen – etwa bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen, der häufigsten Todesursache in der EU mit höherer Sterblichkeit bei Frauen. Frauenspezifische Risiken wie frühe Menopause, gynäkologische Vorgeschichte oder Partnerschaftsgewalt werden ausgeblendet. Stoffwechselerkrankungen wie Diabetes werden bei Frauen etwa viereinhalb Jahre später diagnostiziert, Endometriose erst nach sechs bis zehn Jahren, das polyzystische Ovarialsyndrom bleibt in 70 % der Fälle unerkannt; Osteoporose, Autoimmun- und Muskel-Skelett-Erkrankungen gelten als bagatellisiert, unterfinanziert und unzureichend erforscht.

Österreich zählt im EU-Vergleich bereits bei einigen Maßnahmen zu Vorreitern wie beispielsweise beim Brustkrebs-Früherkennungsprogramm. Seit 1. Jänner 2014 gibt es in Österreich ein Angebot mit niederschwelligem Zugang. Die Altersgrenzen wurden mit Jänner 2023 von 45–69 auf 45–74 Jahre ausgeweitet; diese Frauen erhalten alle zwei Jahre eine schriftliche Einladung zur kostenlosen Mammographie.

Ein weiteres Positivbeispiel ist seit 1. Juli 2024 die HPV-Impfung als Teil des kostenfreien Impfprogramms von Bund, Ländern und Sozialversicherung, mittlerweile bis zum 21. Lebensjahr.

In den Kliniken der NÖ Landesgesundheitsagentur gibt es derzeit die Standardabteilungen für Gynäkologie und Frauenheilkunde an 15 Standorten der Landesgesundheitsagentur. Zusätzlich gibt es Spezialisierung nur organbezogen (Brustgesundheitszentren, Endometriosezentrum Melk), aber kein Zentrum, das Frauenmedizin fachübergreifend – Kardiologie, Innere Medizin, Psychiatrie, Endokrinologie, Diagnostik – bündelt und Frauen als Ganzes in den Blick nimmt.

Als Best Practice Beispiel in Österreich dient das Frauengesundheitszentrum an der Universitätsklinik Innsbruck. Das Angebotsspektrum richtet sich an Frauen und Mädchen, pflegende, von Armut oder Gewalt betroffene, pflegebedürftige Frauen und umfasst Diagnose und Behandlung im Bereich Depression, Gewicht, Autoimmunerkrankungen, Bewegungsapparat, Osteoporose, Sehstörungen, Schwerhörigkeit, Inkontinenz, Alzheimer, Demenz, Medikamentenwirkung (bei Östrogenspiegel), Herzerkrankungen, Krebs, sexuell übertragbare Erkrankungen (HIV) sowie Arbeitsmedizin.

Die Stadt Wien schließt Versorgungslücken durch spezialisierte Angebote im Spitalsverbund (z. B. FEM Floridsdorf) sowie das 2023 eröffnete dislozierte Zentrum FEM Med Reumannplatz für geschlechtersensible Medizin.

Ein spezielles Angebot im Bereich Frauen-Herzgesundheit bietet das Universitätsspital Zürich im Rahmen des „Women’s Heart Program“. Hier liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der interdisziplinären Zusammenarbeit innerhalb des USZ. Gemeinsam mit Fachbereichen wie Gynäkologie, Geburtshilfe, Reproduktionsendokrinologie, Endokrinologie, Neurologie, Angiologie, Rheumatologie und weiteren Spezialdisziplinen wird hier eine umfassende Abklärung, Beratung und Behandlung aus einer Hand ermöglicht.

Niederösterreich verfügt derzeit über kein strukturiertes, fächerübergreifendes Versorgungsangebot für Frauengesundheit. Es fehlt eine umfangreiche Versorgungskette, die von niederschwelliger Beratung und geschlechtersensibler Diagnostik bis hin zu spezialisierten Therapien reicht und Disziplinen wie Innere Medizin, Kardiologie, Endokrinologie und Schmerzmedizin systematisch miteinander verknüpft.

Niederösterreichische Patientinnen mit komplexen Beschwerdebildern müssen derzeit entweder monatelange Wege durch den niedergelassenen Bereich auf sich nehmen oder auf spezialisierte Einrichtungen in anderen Bundesländern ausweichen. Als flächengrößtes Bundesland mit eigenen Universitätskliniken (St. Pölten, Krems) verfügt Niederösterreich über das Potenzial, diese Versorgungslücke für die eigene Bevölkerung zu schließen und langwierige Diagnose-Odysseen für Patientinnen zu vermeiden.

Daher stellen die gefertigten Abgeordneten folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit der NÖ Landesgesundheitsagentur im Rahmen des Gesundheitsplans 2040+, der die bestmögliche Gesundheitsversorgung für Niederösterreichs Bevölkerung garantieren soll,

- 1) ein Konzept zur Errichtung eines Pilot-Zentrums für Frauengesundheit an einem geeigneten Schwerpunkt- oder Universitätsklinikum der NÖ Landesgesundheitsagentur auszuarbeiten;
- 2) sicherzustellen, dass dieses Zentrum als fächerübergreifende Schnittstelle konzipiert wird, welche die Bereiche Allgemeine Innere Medizin, Kardiologie, Endokrinologie, Diabetologie, Rheumatologie, Psychologie, Gynäkologie und Schmerztherapie bündelt und geschlechtersensible Abklärungen sowie Spezialsprechstunden (u. a. Frauenherz-Gesundheit, Menopausenberatung usw.) anbietet und dabei
- 3) eine enge Zusammenarbeit mit den bereits bestehenden Spezialstrukturen (wie dem Endometriosezentrum am LK Melk und den zertifizierten Brustgesundheitszentren) sowie den regionalen Primärversorgungseinheiten (PVE) und Frauenberatungsstellen im Sinne einer durchgängigen Versorgungskette vorzusehen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem GESUNDHEITS-AUSSCHUSS zur Vorberatung zuzuweisen.